

Über Digitalisierung, meine Damen und Herren, haben wir heute schon ausreichend gesprochen, deswegen ein allerletzter Punkt, der auch wichtig ist, dass wir verstehen, nicht alles über einen Kamm zu scheren, sondern dass wir uns der Besonderheiten der sehr vitalen Regionen unseres Landes bewusst werden, dass wir gucken, was wir speziell beispielsweise in der Innovationsregion Rheinisches Revier tun können, was wir speziell z. B. in der Emischer-Lippe-Region tun können. Das sind passgenaue Programme, die wir dort auflegen, wobei nicht alles über einen Kamm geschert wird.

Der Forderungskatalog der FDP, den wir jetzt hier vorfinden, richtet sich zu mehr als zwei Drittel direkt an Herrn Schäuble – kalte Progression und all diese Dinge, die Sie da aufgeschrieben haben. Das können Sie Herrn Schäuble gerne schicken, ist aber hier überhaupt nicht das Thema.

Als Sahnehäubchen obendrauf: das Tariftreue- und Vergabegesetz. Ich habe es heute schon einmal gesagt: Die Schallplatte hat einen Sprung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Der Minister hat die Redezeit um eine knappe Minute überzogen. Wünscht eine der Fraktionen noch zu reden? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache.

Ich stelle fest, dass die Antwort auf die Große Anfrage 12 der Fraktion der FDP zur Kenntnis genommen, debattiert und damit die **Große Anfrage erledigt 12** ist.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/7839. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piraten. Wer enthält sich? – Die CDU-Fraktion. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist damit der **Entschließungsantrag Drucksache 16/7839** der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

## **7 Wirtschaft in der Ausbildung unterstützen statt immer mehr belasten – Keine Ausbildungsabgabe und keine Quote für abgeschlossene Lehrverträge!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/7780

Ich eröffne die Aussprache. Als Erstes hat für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Alda das Wort.

**Ulrich Alda<sup>\*)</sup>** (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich bin gerade von einer netten Kollegin vom Wettbewerber angesprochen worden, die sagte, wir hätten wohl eine Abgabenphobie oder Sonstiges. Nein, das haben wir nicht. Der Titel unseres Antrages heißt: „Wirtschaft in der Ausbildung unterstützen“. – Mensch, lest das doch einfach mal!

(Zuruf von den GRÜNEN)

In Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, sind die Unternehmen ihrer Ausbildungsverpflichtung in der Vergangenheit mehr als nötig nachgekommen. Nach Angaben der NRW-Unternehmensverbände sind seit 2008 fast 5.000 Ausbildungsplätze zusätzlich geschaffen worden. Mehr als die Hälfte der ausbildungsberechtigten Betriebe stellen Lehrstellen bereit, darunter etwa 90 % aller Betriebe mit mehr als 50 Leuten. Das sind die, die ausbilden, Herr Minister.

Der Wille der Unternehmen zur Ausbildung ist also durchaus vorhanden; das ist unbestreitbar. Ich weiß daher nicht, woher Minister Schneider seine Informationen bezieht, wonach rund 60 % der Betriebe ausbilden können. Immer mehr Unternehmen erzählen von Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Das, meine Damen und Herren, würde ich, wenn Sie mir erlauben, gerne einmal von verschiedenen Seiten beleuchten, nämlich einmal von der Seite derjenigen, die es vielleicht nicht können, zum anderen von der Seite derjenigen, die es vielleicht nicht wollen.

Nun können wir darüber diskutieren, ob wir wie weiland Kanzler Adenauer sagen, wir kaufen uns ein neues Volk oder einen Teil der Jugend neu. Das geht nicht. Es ist unsere Jugend, die wir – zumindest die Älteren – erzogen haben. Aber aus der Sicht von Arbeitgebern kleiner Betriebe kann man ein Mindestmaß an Sozialkompetenz und auch Schulkenntnissen verlangen. Oder, Herr Minister – ich frage Sie einmal ganz persönlich –, würden Sie jemanden dreieinhalb Jahre, rechtlich unkündbar, an sich binden, der dieses Mindestmaß nicht mitbringt? Wir haben es also mit einem Vermittlungsproblem und nicht mit einer mangelhaften Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen zu tun.

Das Hotel- und Gaststättengewerbe hat massive Schwierigkeiten, Ausbildungsplätze zu besetzen. An dieser Stelle sieht man auch die andere Seite der Medaille: Dienstleistungen, Vertrieb, alles, was sofort zu messen ist, das ist gar nicht begehrt. Dort gibt es ungünstige Arbeitszeiten usw.

Andererseits macht die Konkurrenz mit den akademischen Berufen – das habe ich hier auch schon einmal erwähnt – den Banken und Versicherungen zu schaffen. Hier kommen wir an ein ganz anderes dickes Problem. In Deutschland liegt der öffentliche und politische Fokus zunehmend auf der akademischen Ausbildung als Weg zu exzellenter Qualifizie-

rung und exzellentem Wohlstand. Nicht nur Banken, sondern auch Innungen und Handwerk beklagen einen ungesunden Akademisierungstrend sowie eine Unwucht im Verhältnis der Förderung von akademischer und beruflicher Ausbildung.

Gehen wir doch einmal gemeinsam daran, Herr Minister, und bringen wir der Jugend mit einfachen Sätzen bei, dass Berufsausbildung gut ist. Das Wort „gut“ wird ja bei Rot-Grün mittlerweile überstrapaziert, sodass es kaum noch einer wahrnimmt. Aber an der Stelle ist es wirklich einmal vonnöten;

(Beifall von der FDP)

denn ein guter Handwerker verdient immer noch mehr als ein schlechter Akademiker, und das nicht nur monatlich, sondern – glauben Sie es mir – auch bezogen auf das Lebenseinkommen.

Doch wie reagiert die Landesregierung? Sie fordert die Unternehmen dazu auf, noch mehr auszubilden, noch eine Schippe draufzulegen, wie es die Ministerpräsidentin ausdrückt. Neben dieser freiwilligen Aufforderung ist auch noch irgendwo die Forderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe im Raum. Der wiederholte Ruf nach dieser Abgabe zeigt die Ideenlosigkeit der Landesregierung bei der Lösung dieses Problems, auch wenn die Ministerpräsidentin das mittlerweile dementiert hat. Nur, ich sage Ihnen ganz offen, Herr Minister: Trau, schau, wem. Heute Morgen haben wir ja gehört: Vorsicht bei Aussagen wie: Wir sind da mega.

Eine Ausbildungsabgabe ist kein geeignetes Mittel, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die duale Ausbildung zu stärken. Wenn es noch eines Beweises gegen diese Ausbildungsplatzabgabe bedarf, dann schauen Sie sich einmal in der Bauindustrie um: Da gibt es sie. Richtig geholfen hat sie dort überhaupt nicht.

Schauen Sie zum Beispiel in den Pflegebereich: Dort klappt es einigermaßen. Aber zu welchen Kosten? Da werden wir uns auch noch wundern, was die Unternehmen langfristig dazu sagen.

Ich befürchte, so wird NRW immer weiter wirtschaftlich abgehängt. Finanzstarke Betriebe hätten darüber hinaus die Möglichkeit, sich aus ihrer Ausbildungsverantwortung freizukaufen.

Abschließend möchte ich sagen: Die einseitige Schuldzuweisung der rot-grünen Landesregierung an die Unternehmen und das Handwerk ist mit Sicherheit der falsche Ansatz. Die Landesregierung hat den Ausbildungskonsens mit allen Partnern geschlossen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Jetzt auf einzelne Partner, nämlich die Wirtschaft, Druck auszuüben, halte ich für einen schlechten Stil. Ich fordere die Regierung auf: Kehren Sie zu einer Konsensorientierung zurück, und setzen Sie wieder auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die Jugendlichen, die einen Ausbil-

dungsplatz suchen, erwarten das. Die Eltern erwarten das. Die Gesellschaft erwartet das.

Das sollten wir im Ausschuss diskutieren. Ich freue mich auf Ihre Argumente und danke fürs Zuhören.

(Beifall von der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Alda. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Jansen.

**Daniela Jansen (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Zuschauer gibt es ganz offenkundig nicht mehr. Der Antrag der FDP greift ein wichtiges Thema auf. Es müssen mehr junge Leute ausgebildet werden, damit der Fachkräftemangel endlich behoben bzw. abgemildert werden kann. Das war doch, glaube ich, die Aussage, Herr Alda, oder?

(Zuruf von Ulrich Alda [FDP])

– Gut. Ich wollte das nur noch einmal ganz klar sagen. Wenn ja, dann streiten wir uns eigentlich nur noch über den Weg, der dahin führt.

Im FDP-Antrag wird der Sorge Ausdruck verliehen, dass es eine wachsende Anzahl von Azubis gibt, die die Ausbildung abbrechen, dass es einen hohen Anteil von jungen Menschen gibt, die nach wie vor im Übergangssystem sind.

Mich würde zum einen interessieren, auf welche Zahlen Sie das stützen. Zum anderen würde ich Ihnen sofort einen Vorschlag machen, wo Sie andere Zahlen finden. Die neueste Auswertung des Statistischen Bundesamtes zeigt nämlich, dass der Anteil von Schülern und Schülerinnen im Übergangsbereich in NRW seit 2005 um 31 % gesunken ist. Das ist ein Zeitraum von zehn Jahren und somit ein langer Zeitraum. Aber wir können auch auf das letzte Ausbildungsjahr, das Jahr 2013, zurückblicken. Da gab es nämlich vor allem einen Rückgang an Schülerinnen und Schülern in Klassen an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, also die, die wir klassisch als Warteschlangenschüler titulieren. Das heißt, die Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ wirkt.

Ich komme zum Antrag: Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass Umlagen auf jeden Fall mehr Ausbildungsplätze schaffen können. Da haben wir ein sehr erfolgreiches Beispiel in NRW. Das ist bei der Pflegeausbildung so passiert. Ich halte es auch für realistisch, dass man bei einem Fachkräftemangel diesen Weg geht.

Im Falle einer gewünschten Einführung ist dann natürlich die Frage, wie das durchzusetzen oder zu organisieren ist, ob das gesetzlich oder freiwillig, regional oder auch nach Branchen geschehen soll.

Im Baugerüstgewerbe gibt es eine Umlage, um Planungssicherheit zu schaffen. Das ist schon seit Jahrzehnten so. Ich habe mir von Kollegen aus OWL erzählen lassen, dass es dort die Anregung der SPD gibt, über eine Umlage der Kammern zusätzliche Ausbildungsstellen zu schaffen. Das wäre eine regionale Lösung, bei der dann die Kammern auch Herr des Verfahrens bleiben würden.

Auf freiwilliger Basis gibt es diese Umlagen in bestimmten Gewerken und im Ausland schon länger. Ich verrate Ihnen wohl auch kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass die SPD Ausbildungsplatzumlagen grundsätzlich sehr positiv gegenübersteht. Die Regierung und auch die SPD werden sich sicherlich nie pauschal gegen die Einführung von Ausbildungsumlagen aussprechen.

Sie nennen in Ihrem Antrag auch die Betriebe als Zielgruppe für eine solche Ausbildungsumlage. Das ist klar. Vielfach zitieren Sie, dass Betriebe die Ausbildung als ökonomisches Risiko sehen, dass also eigene Bilanzen zerstört werden, weil es mit der Ausbildungsumlage teurer wird und ein Verlauf auch nicht planbar ist.

Aber genau dafür bieten sich Umlagen ja eigentlich an, dass man eben das Risiko von den wenigen Betrieben, die bis jetzt ausbilden, durch eine Umlagefinanzierung auf alle verlagert und dementsprechend auch genügend junge Leute ausgebildet werden können.

Ich muss Ihnen auch ganz ehrlich sagen: Wenn Betriebe nicht ausbilden, kann es ja mit dem Fachkräftemangel auch nicht so schlimm sein. Denn diese mangelnde Ausbildungsreife, die wir immer wieder vorgeworfen bekommen, kann ja nicht als einziger Grund gelten.

Ich möchte auch ganz klar an die Freiheit und an die Eigenverantwortung appellieren. Denn unternehmerische Verantwortung zu übernehmen, heißt auch, zukünftigem Nachwuchs eine Perspektive zu geben, diesen mit aufzunehmen und spätestens mittelfristig positive ökonomische Entwicklungen nutzen zu können.

Ganz konkret zu Ihrem Forderungsteil, der ja relativ knackig ist: Sie haben in Ihrem Forderungsteil stehen, die Zahl der Menschen zu reduzieren, die sich im Übergangssystem befinden. Da sind wir, glaube ich, absolut d'accord und sind auf dem besten Wege dazu.

Ein weiterer Punkt ist, wieder zu einem partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft zurückzukehren. Absolut einverstanden! Sie haben es gerade genannt. Im Ausbildungskonsens sind alle wesentlichen Partner an einem Tisch, meine Damen und Herren. Da sitzen die Spitzenverbände, die Kammern, die Arbeitgeberverbände und auch die Regierung.

Ich komme aber auch noch zu einem speziellen Punkt aus Ihrem Forderungskontext. Sie können sich wahrscheinlich schon vorstellen, welcher das ist. Ich weiß nicht genau, ob Sie diese Radiowerbung kennen. Da wird mantraartig immer wiederholt: Ananasdiät! Ananasdiät! – Es scheint mir ein bisschen so, als ob dieses Tariftreue- und Vergabegesetz bei Ihnen diese „Ananasdiät“ ist.

(Beifall von der SPD)

Ich bitte darum, in Zukunft darauf zu verzichten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Jansen. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Kerkhoff.

**Matthias Kerkhoff (CDU):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stehe jetzt noch ganz unter dem Eindruck dieser Ananasdiät. Ich habe das bisher nicht kennengelernt.

Frau Jansen, Sie haben jetzt lange Ausführungen über das Wesen und das Funktionieren von Ausbildungsplatzabgaben gemacht. Was ich nicht so genau verstanden habe, ist aber, ob Sie jetzt eine solche einführen möchten, ja oder nein. Uns würde schon interessieren: Wie ist Ihre Haltung, wie ist die Haltung Ihrer Fraktion dazu? Das Gleiche gilt für den Minister und die Landesregierung. Der Antrag der FDP-Fraktion gibt Ihnen heute die Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen, ob Sie eine solche Abgabe wollen oder eben nicht.

Wir sind der Auffassung, eine solche Abgabe ist ein falsches Signal. Das hilft keinem einzigen Jugendlichen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Das ist völlig unabhängig von der Frage, ob sie rechtlich möglich ist oder nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir erwarten, dass Sie sich zu den Zielen des Ausbildungskonsenses bekennen und darlegen, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die Situation der unversorgten Bewerber, aber auch die Situation derjenigen, die sich in den sogenannten Warteschleifen befinden, zu verbessern.

Meine Damen und Herren, die duale Berufsausbildung ist eine der großen Stärken unseres Landes. Nicht umsonst versuchen deutsche Konzerne, die Standorte im Ausland aufzubauen, zur Fachkräftegewinnung ähnliche Systeme einzuführen. Sie ist eine der wesentlichen Gründe für die geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Die Akzeptanz ist hoch. Wir alle tun gut daran, dazu beizutragen, dass das so bleibt.

Aber wenn es auf der einen Seite für Jugendliche schwieriger wird, Ausbildungsstellen zu finden, wenn sie in der falschen Stadt wohnen oder Leis-

tungsdefizite haben, und auf der anderen Seite Unternehmen erleben, dass sie für freie Ausbildungsstellen keine oder kaum passende Bewerbungen bekommen, dann frisst eine solche Entwicklung langsam an der Akzeptanz eines solchen Systems. Daran sollten wir alle gemeinsam kein Interesse haben.

Jugendliche müssen wissen: Das Beste, was mir passieren kann, ist ein Ausbildungsplatz. Damit habe ich Chancen und berufliche Perspektiven.

Den Unternehmen muss klar sein: Nur mit eigener Ausbildung bin ich in der Lage, langfristig meinen Fachkräftebedarf zu sichern, und wenn die Bewerberzahlen zurückgehen oder sich die Struktur der Bewerber verändert, dann muss ich auch prüfen, ob ich die Defizite, die ich vielleicht bei dem einen oder anderen sehe, nicht in den Griff bekommen kann.

Die Agentur für Arbeit beschreibt die Situation auf dem Ausbildungsmarkt folgendermaßen: weniger Bewerber, mehr Stellen, regional große Unterschiede.

Deshalb müssen auch die Lösungswege die Vielschichtigkeit der Herausforderungen beinhalten. Es gibt Regionen mit mehr freien Stellen als Bewerbern. Es gibt Regionen mit mehr Bewerbern als freien Stellen. Es gibt auch die Situation, dass Bewerber und Stellen nicht zusammenpassen.

Von einer zu geringen Ausbildungsbereitschaft zu sprechen, ist nicht richtig. Die Herausforderungen am Ausbildungsmarkt sind nicht gegen die Unternehmen, sondern nur mit ihnen zu lösen. Sie müssen aus ureigenstem Interesse Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Es hilft auch nicht weiter, wenn die Landesregierung auf Beschwerden zum Thema „Ausbildungsreife“ auf die hohe formale Qualifikation verweist. Wenn es hier Probleme gibt, muss man das ernst nehmen und darf das nicht vom Tisch wischen.

(Beifall von der CDU)

Eine Ausbildungsplatzabgabe ist das falsche Instrument. Sie führt im Ergebnis dann dazu, dass außerbetriebliche Ausbildungsplätze eingekauft würden, die eben nicht die Praxisnähe besitzen und eher nach Wunsch und Neigung des Bewerbers als nach tatsächlichem Bedarf am Arbeitsmarkt entstehen.

Meine Damen und Herren, das Thema „Berufsorientierung“ bleibt auf der Tagesordnung. Es ist ja auch eben angesprochen worden. Sie reden alle immer so stolz von KAoA. Natürlich, systematische Berufsorientierung ist wichtig. Wer würde das bezweifeln! Aber mit der Einführung von KAoA stoppen Sie vor Ort, zum Beispiel bei mir im Wahlkreis, die Finanzierung des Programms „ProBe“, das intensiver und besser auf Ausbildung vorbereitet hat. Gerade schwächere Jugendliche haben es so

schwerer in der Berufsorientierung und damit auch bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Wir müssen uns aber auch Gedanken darüber machen, wenn wir einerseits Regionen mit unversorgten Bewerbern und andererseits Regionen mit offenen Stellen haben, wie wir das zusammenbringen. Mobilität spielt hier eine wichtige Rolle, und zwar auf der Straße, auf der Schiene und im Kopf. Wenn es den Wunschberuf am Wunschort nicht gibt, dann muss in einem zweiten Schritt auch über den Teller rand geschaut werden, ob nicht in der Nachbarkreis, im Nachbarkreis ein ähnlich attraktiver Ausbildungsplatz zur Verfügung steht. Dann muss die Botschaft lauten: Dort, wo ich zum Skifahren oder zum Feiern hinfahre, kann auch mein künftiger Ausbildungsplatz sein.

Meine Damen und Herren, es gehört zur Wahrheit und Vollständigkeit dazu, dass auch durch Landespolitik ein Beitrag zu mehr Ausbildungsplätzen geleistet werden kann.

Damit sind wir beim Thema „Wirtschaftspolitik“. Der Tagesordnungspunkt vorher hat das ausführlich behandelt.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Matthias Kerkhoff (CDU):** Da reden wir über zu viel Bürokratie und Gängelung, neue Vorschriften und Auflagen. Ich will das jetzt nicht alles wiederholen. Ich füge jedoch hinzu: Wir als Abgeordnete können neben guter Gesetzgebung hier im Hause auch in unseren Wahlkreisen etwas beitragen: indem wir bei Unternehmens- und Schulbesuchen über das Thema „Ausbildung“ sprechen, indem wir uns selber zu Botschaftern der dualen Ausbildung machen und dafür bei Unternehmen, bei Schülern und bei Eltern werben. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Kerkhoff. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Maaßen.

**Martina Maaßen (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage es gleich zu Anfang: Die grüne Regierungsfraktion spricht sich nicht, wie hier von der FDP gewünscht, gegen eine Ausbildungsplatzabgabe oder -umlage aus.

(Zuruf von der FDP: Schade!)

– Es tut mir auch leid, aber wir machen es nicht.

Wir haben in unserem Koalitionsvertrag mit der SPD einen Prüfauftrag vermerkt. Und wir werden diesen Prüfauftrag angehen. Ich gehe für die Grünen noch einen Schritt weiter: Wir begleiten diesen

Prüfauftrag positiv. Wir sehen hier einen Anreiz, auszubilden und das duale System zu sichern. Auszubildende Betriebe können unterstützt werden.

Wir haben das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ auf den Weg gebracht mit Bestandteilen einer frühzeitigen Berufsorientierung und Kompetenzvermittlung. Die Wirtschaft hat sich verpflichtet, mehr Ausbildungsplätze im dualen System anzubieten. Hinzu kommt, dass wir noch nicht ausbildungsreifen jungen Menschen mittels Jugendberufwerkstätten oder Produktionsschulen auf die Sprünge helfen.

Lieber Herr Alda, lieber Uli, wir sind uns zwar sympathisch – aber nur so lange, wie wir nicht über Politik reden, dann wird es kritisch.

(Beifall von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Entschuldige bitte: Aber es ist doch totaler Quatsch, zu fordern, die Zahl der Menschen, die sich im Übergangssystem Schule/Beruf befinden, zu reduzieren. Entweder sind der FDP die Begrifflichkeiten nicht klar oder sie blickt nicht mehr durch.

(Beifall von den GRÜNEN und Daniela Jansen [SPD])

So, wie sich alle kleinen Kinder im Übergangssystem Kita/Schule befinden, so befinden sich alle Jugendlichen im Übergangssystem Schule/Beruf.

Im Rahmen dieses Systems werden nun nach und nach flächendeckend Angebote installiert. Der Fokus liegt dabei natürlich auf einer betrieblichen Ausbildung. Daneben muss es aber auch weiterhin außerbetriebliche und schulische Angebote geben, und die sinnlosen Warteschleifen müssen vermieden werden.

Um dies zu verwirklichen, muss man gemeinsam an einem Strang ziehen, und diesen Strang gibt es im Ausbildungskonsens. Aber es ist festzustellen, dass die von der Wirtschaft im Ausbildungskonsens gemachten Zusagen nicht realisiert werden. Es scheint so zu sein, dass zwischen der Funktionärebene und den Unternehmen keine Einflussmöglichkeiten bestehen, dass Information und Kommunikation nicht ausreichend vorhanden sind.

Wir Grünen sehen es so: Eine Ausbildungsumlage oder -abgabe ist keine Zwangsumlage, sondern eine Investitionsleistung in unsere Jugend.

Erschreckend ist auch, dass laut einer aktuellen Bertelsmann-Studie annähernd 60 % aller aktiven Ausbildungsbetriebe noch nie einen Azubi mit Migrationshintergrund eingestellt haben. Den Unternehmen scheint noch nicht existenziell bewusst geworden zu sein, dass sie im Lichte des drohenden Fachkräftemangels – zumindest in einigen Branchen – selbst für Nachwuchs sorgen müssen und nicht mehr unproblematisch Fachkräfte einkaufen können. Im neuen Prognos-Bericht ist zu lesen, dass unzureichende Ausbildung Gift für den Wirt-

schaftsstandort NRW ist. Das muss uns doch alle aufrütteln.

Die Jugendarbeitslosigkeit in NRW ist besonders gravierend. Im Juli 2014 waren in NRW 80.000 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos. Dies entspricht einer Quote von 8,1 %. In NRW fanden ca. 20.000 junge Menschen keinen Ausbildungsplatz. Mehrere Tausend Bewerber hatten überhaupt keine Anschlussperspektive und blieben unversorgt. Die abgeschlossenen Ausbildungsverträge gingen in 2013 um 3,2 % zurück. Und so viel zu regionalen Unterschieden: Lediglich in drei von 34 Bezirken, die die BA untersucht hat, war die Entwicklung im Ausbildungsmarkt positiv.

Unternehmen haben eine gesellschaftliche Verantwortung. Dieser Verantwortung stellt sich das Baugewerbe. Hier gibt es schon seit 1975 einen tariflich geregelten Ausbildungsfonds.

Es ist auch bereits auf die Umlagefinanzierung in der Altenpflege hingewiesen worden. Die hat uns 10.000 neue Ausbildungsplätze gebracht.

Unsere europäischen Nachbarn in Frankreich und Dänemark haben schon seit 1925 bzw. 1977 Ausbildungsabgaben. Liebe Kollegen der FDP, mir ist nicht bekannt, dass Altenheime oder Baubetriebe in Deutschland oder die Dänen oder die Franzosen bürokratisch untergehen, weil es dort eine Ausbildungsplatzumlage gibt.

(Zuruf von der FDP)

– Trotzdem, es hat sich doch bewährt. Wir sollten uns das wenigstens mal in Ruhe anschauen.

(Zuruf von der FDP: Das duale System: Ja!)

– Das duale System und auch die Ausbildungsumlage – nach meiner Wahrnehmung und der Wahrnehmung der Grünen.

Ich möchte mit einem Zitat meines derzeitigen Schülerpraktikanten Kubilay schließen, der aus seiner Sicht sicherlich auch ein Fachexperte ist:

Durch eine Abgabe oder Umlage können sich viele Jugendliche weiterentwickeln und bleiben nicht auf der Strecke. Man darf nie vergessen, dass die Jugendlichen heute die Zukunft von morgen sind. Und wenn man auf die Zukunft setzt und will, dass es vorangeht, dann muss man auch die Zukunft unserer Jugendlichen fördern.

In diesem Sinne! – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und Daniela Jansen [SPD])

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Maaßen. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Sommer.

**Torsten Sommer** (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren – weniger auf der Tribüne, dafür, hoffe ich, umso mehr im Stream!

Zum einen, liebe Kollegin Jansen: Die Ananasdiät habe ich mir aufgeschrieben. Ich werde dann berichten.

Zum Zweiten: Es ist schon ein bisschen verwirrend, was die Landesregierung in letzter Zeit an Aussagen zur Ausbildungsumlage in die Welt gesetzt hat. Frau Ministerpräsidentin schließt sie konsequent aus – auch in Zukunft. Herr Minister Schneider bringt sie öfter mal ins Spiel. Da wäre eine eindeutige Kommunikation besser. Hinterher glaubt noch irgendjemand, Sie wären sich nicht einig. Das wäre ja nicht richtig.

Ich stehe der Ausbildungsumlage übrigens sehr neutral gegenüber, möchte aber zu bedenken geben, dass man zuerst mal prüfen muss, ob die denn wirklich die Steuerungswirkung entfalten kann, die man sich davon erhofft. Aber das können wir ja demnächst im Ausschuss besprechen. Deswegen finde ich den Antrag an der Stelle gar nicht schlecht – bin aber nicht ganz sicher, ob das Ergebnis erzielt wird, das sich der Kollege Alda wünscht. Aber schauen wir mal.

Ich habe mir zunächst mal die Zahl der Auszubildenden in den letzten Jahren angeschaut. Dabei habe ich nicht nur den FDP-Antrag zugrunde gelegt, in dem nur das Jahr 2012 bis 2013 betrachtet wird. IT.NRW listet Zahlen von 2009 bis 2013 auf. In diesem Zeitraum gab es landesweit einen Rückgang an Auszubildenden von etwas mehr als 6 %, größtenteils übrigens im Handwerk, zu einem etwas kleineren Teil in der Industrie. Das ist nicht gut für unser Land. Wir wissen, wie viele Fachkräfte wir in Zukunft brauchen. Da müssen wir wirklich einhaken.

Wie kann man dem begegnen? Warum wird überhaupt weniger ausgebildet? – Die Unternehmen und auch die Unternehmensverbände sagen ganz gerne: Es gibt zu viel Bürokratie. – Das kann man sagen, man muss dann aber auch exakt benennen, welche bürokratischen Hemmnisse es gibt. Dann kann man sich diese anschauen. Hier immer wieder mantraähnlich das Tariftreue- und Vergabegesetz zu kritisieren,

(Ulrich Alda [FDP]: Ananas)

ja, das ist wahrscheinlich genauso hilfreich, wie ständig eine Ananasdiät zu wiederholen. Das macht keinen Sinn. Es ist auch unglaubwürdig, wenn man das bei jeder Problemstellung aus dem Hut zaubert. Da sollte man sich schon etwas differenzierter dranbegeben. Aber das können wir ja im Ausschuss machen. Darauf freue ich mich.

Der zweite Punkt, den Unternehmen und Verbände immer wieder vorbringen, ist, dass junge Menschen heutzutage nicht so ausbildungsfähig seien. Das

kann ich mir kaum vorstellen. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Menschen heutzutage dümmere sind als früher.

(Ulrich Alda [FDP]: Ein Teil der Jugendlichen!)

– Auch das glaube nicht – nicht im Schnitt! Ich glaube, dass Unternehmen heutzutage genauere Vorstellungen haben, was ein zukünftiger Auszubildender alles schon können soll. Und ich glaube, da wird ein bisschen zu viel gefordert. Ich finde auch nicht, dass unsere Schulen dafür zuständig sind, diese Forderung zu erfüllen. Die Schulen sind ja schließlich nicht Dienstleister der Wirtschaft. Wenn Unternehmen genauere Vorstellungen haben, dann müssen sie auch in die Pflicht genommen werden. Wie man ihnen dabei helfen kann, darüber können wir ebenfalls reden.

Hier gebe ich der FDP recht: Dies muss in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft geschehen. Miteinander reden – das ist ganz wichtig. Der runde Tisch ist bereits erwähnt worden.

Wer mir bei dem runden Tisch aber immer wieder fehlt, das sind die Kleinunternehmen. Es gibt sehr viele kleinere Unternehmen – Kollegin Maaßen sprach es eben an –, auch mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Es gibt auch Kleinunternehmen, die von Menschen mit Migrationshintergrund ins Leben gerufen worden sind, wo also die Unternehmer einen Migrationshintergrund haben. Dort gibt es noch sehr viel Respekt vor unserem dualen Ausbildungssystem. Da kann man Hilfestellung geben. Da können wir eine echte Trendwende schaffen. Das wäre eine richtig gute Sache. Ich freue mich, dass wir uns darüber im Ausschuss unterhalten können.

Ich möchte meine Redezeit zu diesem Zeitpunkt nicht überschreiten. Ich freue mich auf die Anhörung, die es dazu wahrscheinlich geben wird – das hoffe ich zumindest, denn sonst wäre das nur ein Showantrag, wovon ich nicht ausgehe – und auf die Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Sommer. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schneider.

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Worum es geht?

Erstens. Wir haben in den letzten Jahren einen Rückgang nicht bei den angebotenen Ausbildungsplätzen zu verzeichnen, sondern bei den abgeschlossenen Ausbildungsverhältnissen. Dies ist regional sehr unterschiedlich, auch von Branche zu Branche sehr unterschiedlich, einige sind ja schon angesprochen worden.

Das Bemerkenswerte und das Schwierige liegt darin, dass in den industriellen Kernberufen bei den abgeschlossenen Ausbildungsverhältnissen Rückgänge von bis zu 10 % zu verzeichnen sind. Ich sage Ihnen: Das machen Sie einige Jahre, und dann haben Sie zeitlich gestreckt ein echtes Fachkräfteproblem. Wir haben ja den ganzen Tag darüber diskutiert, wie wichtig qualifizierte Arbeit für das Industrieland NRW ist. Und die ist eben verbunden mit beruflicher Qualifizierung und mit Weiterbildung. Deshalb ist die jetzige Situation so gefährlich.

Zweitens. Wir haben mit großem Erfolg das neue Übergangssystem von der Schule in den Beruf eingeführt. Zwischenzeitlich sind etwa 200.000 junge Menschen mit diesem Übergangssystem erreicht. Wir wollen über diesen Weg auch die sogenannten Warteschleifen minimieren, um die jungen Menschen möglichst früh in Ausbildung oder Studium zu bringen. Dies geht aber erst dann, wenn wir mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung haben. Ansonsten wird sich die Zahl derer, die sich in Warteschleifen befinden, nicht reduzieren lassen.

Zur Qualifikation der jungen Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen: Hier hat sich fundamental etwas verändert. 70 % der Ausbildungsplatzsuchenden, die ohne Erfolg bleiben, haben mindestens einen Realschulabschluss, wenn nicht eine Studienberechtigung. Also: Die Gleichung, dass diejenigen, die übrig bleiben, nicht ausbildungsfähig oder -willig sind, die geht seit Langem nicht mehr auf.

Was ist nun zu tun? – Die nordrhein-westfälische Landesregierung setzt auch hier auf sozialen Ausgleich. Unser Ausbildungskonsens wird in diesem Jahr 20 Jahre alt. Wir diskutieren derzeit auf der Arbeitsebene darüber, wie wir die Verhältnisse in diesem Jahr verbessern können. Natürlich geht dies am besten, wenn alle Beteiligten an einem Strick ziehen und sich in der Zielsetzung einig sind. Ohne Druck!

Die Wirtschaft ist für die Ausbildung im dualen System zuständig. Die Kammern haben den gesetzlichen Auftrag, die Durchführung der Berufsausbildung zu organisieren. Deshalb kann man schon erwarten, dass jetzt gehandelt wird. Dies heißt auch, dass jetzt geliefert wird. Selbstverständlich!

Im Übrigen handelt es sich um eine Umlage, nicht um eine Abgabe. Ich bitte, hier exakt zu bleiben. Eine Abgabe wäre eine neue Steuer. Das will ja wohl niemand.

Eine Ausbildungsplatzumlage steht nicht auf der politischen Agenda der Landesregierung. Allerdings – Frau Maaßen hat darauf hingewiesen – ist im Koalitionsvertrag ein Prüfungsauftrag vermerkt, dem wir selbstverständlich nachkommen werden.

Wir setzen aber darauf, dass sich die Wirtschaft im ureigenen Interesse bewegt und mehr Ausbildungsverhältnisse im dualen System abschließt. Dies be-

zieht sich auch auf junge Leute, die als Flüchtlinge zu uns kommen. Es bezieht sich ebenfalls auf junge Leute mit Migrationshintergrund.

Und es tut sich ja einiges. Ich könnte zum Beispiel die Kammer Siegen nennen, die hier – natürlich mit eigenem Geld untersetzt – ganz hervorragende Aktivitäten auf den Weg bringt, um die Berufsausbildung in ihrem Bereich voranzubringen.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Ich weiß nicht, was die Diskussion über eine Quote soll. Niemand denkt daran, irgendeine Quote einzuführen. Ich habe den Eindruck, dass manche reflexartig zurückschrecken, wenn das Wort „Quote“ fällt. Dies ist nun wirklich außerhalb der aktuellen Diskussion.

Meine Damen und Herren, trotz aller Schwierigkeiten, die wir haben, ...

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Minister.

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: ... über die wir auch nicht hinweggehen sollten, gibt es auch Positives. Heute sind die jüngsten Arbeitsmarktdaten, auch bezogen auf NRW, bekanntgegeben worden.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Minister, Sie überziehen gerade die Redezeit.

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Bei den bis zu 25-Jährigen ist die Arbeitslosigkeit zwar leicht angestiegen, aber immerhin um über 9 % zurückgegangen gegenüber den vergleichbaren Zahlen im letzten Jahr.

Sie sehen: Trotz aller Schwierigkeiten funktioniert das duale Ausbildungssystem. Es ist das Beste der Welt. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Minister hat seine Redezeit um 1:30 Minuten überzogen. Möchte jemand aus einer der Fraktionen noch reden? – Herr Kollege Alda. Bitte schön.

**Ulrich Alda**<sup>1)</sup> (FDP): Wie viel Zeit habe ich?

**Präsidentin Carina Gödecke:** 1:30.

**Ulrich Alda**<sup>\*)</sup> (FDP): 1:30 – so viel brauche ich gar nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, auf die Ananas-Sache gehe ich jetzt nicht ein. Das betrachte ich als Bestandteil zur Hebung der allgemeinen Stimmung nach langen Plenartagen.

Ich will Ihnen aber mal ganz ehrlich sagen, was mich in Harnisch bringt. Ob Sie hier jetzt „Umlage“, „Abgabe“ oder sonst was sagen: Das zeigt mir doch, dass Sie von den betriebswirtschaftlichen Zusammenhängen gar nichts wissen. Das sind Kosten, einzig und allein Kosten!

Mich bringt weiter in Harnisch, dass die Ministerpräsidentin hier sagt: Es gibt keine Abgabe. – Oder Umlage – nennen Sie es, wie Sie wollen. Dafür hat sie sich in der Presse feiern lassen. Hier höre ich aus den Fraktionen von Rot-Grün, dass es eben doch so ist, dass Sie es weiterhin verfolgen. Das nehmen wir, glaube ich, als Gesamteindruck für heute Abend mit. – Schönen Feierabend!

(Beifall von der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Bitte schön, Herr Minister. Das hatte ich jetzt geradezu erwartet.

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Danke schön. – Herr Alda, ich will versuchen, Ihnen den Unterschied zwischen Abgabe und Umlage zu erklären.

Eine Umlage ist dazu da, einen Kostenausgleich zwischen den Unternehmen, die ausbilden, und denen, die nicht ausbilden, herbeizuführen. Viele Kammern – auch außerhalb unseres Bundeslandes – denken insgeheim seit Langem über einen Kostenausgleich nach, auch um Wettbewerbsgerechtigkeit zwischen den Unternehmen selbst im Bereich der Berufsausbildung herzustellen.

Eine Abgabe ist eigentlich eine Steuer, die irgendwo landet, die nicht zweckgebunden ist, die eigentlich unbrauchbar ist. Deshalb hat niemand in der Fachöffentlichkeit an eine Ausbildungsabgabe gedacht – jedenfalls nicht diejenigen, die mit Sachverstand gesegnet sind. – Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Danke schön. – Der guten Ordnung halber will ich mitteilen, dass der Minister seine Redezeit jetzt insgesamt um zwei Minuten 23 Sekunden überzogen hat. Möchte jetzt noch jemand reden? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 16/7780** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesund-**

**heit und Soziales.** Dieser Ausschuss bekommt die Federführung. Dann gibt es die Mitberatung, und zwar beim **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** sowie beim **Ausschuss für Schule und Weiterbildung.** Die abschließende Abstimmung soll dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen die Überweisung? – Oder gibt es eine Enthaltung dazu? – Beides ist nicht der Fall. Damit haben wir so überwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung angekommen. Es ist 18:51 Uhr.

Ich berufe das Plenum wieder ein für morgen, Freitag, den 30. Januar 2015, 10 Uhr, und wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend.

**Schluss: 18:51 Uhr**

---

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.